

Calmer Tagblatt

Nr. 25.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verkaufspreis: 6 mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 20 Hgr. Reklamen 2.-Mk. — Auf Samstagsausgaben kommt ein Zuschlag von 100% — Druckp. 8.

Dienstag, den 1. Februar 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme 6 Uhr vormittags.

Nach der Pariser Konferenz.

Die Entwaffnungsnote des Obersten Rats.

Berlin, 31. Jan. In der Note des Obersten Rats vom 29. Januar wird darauf hingewiesen, daß der von der deutschen Regierung eingebrachte Entwurf eines Reichswehrgesetzes die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht zwar für das Reich, nicht aber für jedes einzelne Land ausdrücklich ausspricht. Auch seien darin Ergänzungstruppen und andere nicht näher bezeichnete militärische Organisationen vorgesehen. Weiter heißt es u. a.: Die Stärke gewisser Formationen und eine beträchtliche Anzahl militärischer Angestellter sind nicht in der Zahl 100 000 einbegriffen. Die Zahl der Offiziere und Zivilangestellten der Zentralverwaltung übersteigt weit die vom Vertrag zugelassene Zahl (916 statt 300). Die Entwaffnung Deutschlands ist weit davon entfernt, beendet zu sein. Eine große Menge Material ist bei den Truppenteilen, in den Depots und Arsenalen zurückgehalten. Zahlreiche Waffen sind noch in den Händen der Zivilbevölkerung. Die deutsche Regierung hat die Auslieferung des nicht zugestandenen Artilleriematerials von Küstern und Höhen-Böden, sowie der schweren Artillerie von Königsberg hinausgezögert und verlangt für Landbesetzungen weitere, nicht vertraglich vorgesehene Materialen, wie sie namentlich 2600 Maschinengewehre behalten will. Sie verzögert die Auslieferung des nicht zugestandenen Materials und will 1086 Geschütze, statt 420 behalten. Die Schließung der Werkstätten und die Zerstörung von Maschinen zur Herstellung von Kriegsmaterial sind nicht unter den vorgeschriebenen Bedingungen durchgeführt. Die Entwaffnung der Selbstschutzzugorganisationen hat jetzt begonnen. Ihre Auflösung ist nicht durchgeführt. Die deutsche Regierung beansprucht das Recht, diese Organisationen aufrecht zu erhalten und ihre Entwaffnung in Bayern und Ostpreußen bis zu einem späteren Zeitpunkt hinauszuschieben. Die in Boulogne vorgeführte Auflösung der Sicherheitspolizei ist nicht durchgeführt worden.

Die Note führt dann die Entschlüsse der alliierten Regierungen an. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, bis zum 15. März 1921 das gegenwärtig dem Reichstag vorliegende Reichswehrgesetz zu verabschieden, nachdem es zuvor mit dem Friedensvertrag in Einklang gebracht ist, namentlich hinsichtlich der allgemeinen Wehrpflicht, die gegenüber jedem der einzelnen Länder, wie gegenüber dem Reich befristet werden muß. Bis zum 15. April 1921 ist das 100 000 Mann-Heer mit dem Friedensvertrag in Einklang zu bringen und das Zuviel der Offiziere und Angestellten der Zentralverwaltung zu beseitigen. Bis zum 28. Februar 1921 ist der Rest des Kriegsmaterials auszuliefern, das infolge der Herabsetzung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann überschüssig geworden ist, ferner das bei den Truppenteilen, in den Depots und Arsenalen angeammelte Material, das von der deutschen Regierung reklamierte Material, Ersatzvorräte und die noch in den Händen der Zivilbevölkerung befindlichen Waffen. Außerdem dürfen vom angegebenen Termin ab Küstern und Höhen-Böden keinerlei Geschützausrüstungen haben und die Festung Königsberg darf nicht mehr als 22 schwere Geschütze haben. Für die Auslieferung der Seebefestigungen werden nur 420 Geschütze bewilligt, statt der deutschseits geforderten 1086.

Die deutsche Regierung wird aufgefordert, die Listen der zur Herstellung von Kriegsmaterial künftig zugelassenen Fabriken anzuerkennen und die nicht zugelassenen Maschinen zur Herstellung von Kriegsmaterial außer Gebrauch zu setzen. Die geschlossenen Vorkriegslisten, die die Auflösung aller Selbstschutzzugorganisationen anordnen, und deren Errichtung unter Strafanandrohung verbieten, müssen bis zum 15. März 1921 veröffentlicht sein. Die Auflösung selbst muß spätestens am 30. Juni beendet sein. Von den von diesen Organisationen angemeldeten Waffen im ganzen Reich sind sämtliche schwere und zwei Drittel der Handwaffen einschließlich der Munition bis zum 31. März 1921 abzuliefern, die dann noch vorhandenen Waffen und die Munition bis zum 30. Juni 1921. Die Sicherheitspolizei darf in keiner Weise eine zentrale Organisation und keine stärkere Bewaffnung haben, als die von der interalliierten militärischen Kontrollkommission festgesetzte. Ihre Stärke darf 150 000 Mann nicht übersteigen. Hinsichtlich der Marine wird die deutsche Regierung aufgefordert, bis zum 28. Februar 1921 alle geforderten Schriftstücke zu übergeben und bis zum 30. April 1921 alle in Reserve gehaltenen Schiffe desarmieren zu lassen. Bis zum 31. Juli 1921 soll die Zerstörung aller im Bau befindlichen Kriegsschiffe mit Ausnahme derjenigen, deren Umwandlung in Handelsschiffe zugelassen ist, und sofort die vollständige Zerstörung aller U-Boote und U-Bootteile bewirken und sofort den Bau von U-Booten oder U-Bootteilen einstellen. Auslieferung und Zerstörung aller über die zulässige Menge hinausgehender Kriegsmaterialien ist ohne Verzug zu bewirken. Die von der Vorkriegskonferenz geforderte vollständige Ausrüstung der letzten Kreuzer und Zerstörer ist auszuliefern. Die interalliierte Marine-Kontrollkommission wird bestimmen, was Kriegsmaterial ist: es muß sofort ausgeliefert werden. Falls es zu

Handelszwecken verwendet werden kann, wird die Kommission es nach Unbrauchbarmachung für militärische Zwecke zurückgeben. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, die zur Ausführung der Marinebestimmungen des Friedensvertrags erlassenen Befehle diesem anzupassen. Die Note nennt sodann die Verstöße Deutschlands gegen die Bestimmungen über die Luftfahrt und bestimmt: Die Nachforschungen nach verbleibendem Material sind von der deutschen Regierung zu erleichtern. Alle vorgezeichneten Ablieferungen müssen vor dem 15. Mai 1921 beendet sein. Die Fabrikation und die Einfuhr von Luftfahrtmaterial darf erst drei Monate nach dem Tage wieder aufgenommen werden, an dem die interalliierte Luftfahrtkontrollkommission anerkannt hat, daß der Art. 202 vollständig ausgeführt ist. Deutschland muß die für die Zerstörung von Zeppelin verlangte Entschädigung leisten. Die Einzelheiten dieser Entschädigung werden noch bestimmt. Deutschland muß vor dem 31. März 1921 25 Millionen Mark als Entschädigung für unzulässigerweise ausgeführtes Material bezahlen. Deutschland hat die Verwendung von Flugzeugen bei seinen Polizeiformationen zu unterlassen. Um die Anwendung des Art. 202 der Vertrag den Besitz aller Luftverkehrsmittel für Heer und Marine untersagt, zu ermöglichen, muß es diejenigen Begriffsbestimmungen anerkennen, die von den alliierten Regierungen aufgestellt werden, um die zivile Luftfahrt von der verbotenen militärischen Luftfahrt zu unterscheiden. Die alliierten Regierungen werden sich durch ständige Ueberwachung versichern, daß Deutschland diese Verpflichtungen erfüllt.

Eine Erklärung des deutschen Außenministers im Reichstag.

Berlin, 31. Jan. Das Haus ist stark besetzt. Am Ministertisch: der Reichskanzler, Simons, Miß, Heinze und Koch. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1.30 Uhr und erteilt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort dem Minister des Auswärtigen:

Reichsminister Simons: Gestern Abend ist mir durch Fernschreiber der Wortlaut des Beschlusses bekannt geworden, den die Pariser Konferenz am Samstag gefaßt hat. Das Original der Mitteilung ist von der Konferenz dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris übergeben, und wird, wie ich annehme, spätestens morgen früh in meinen Händen sein. Ich habe veranlaßt, daß der Inhalt des durch Fernschreiber übersandten Textes des Beschlusses so bald als möglich der Presse zugänglich gemacht wird. Das Schriftstück ist sehr lang und umfangreich. Es ist dem Auswärtigen Amt sofort mitgeteilt worden und gegenwärtig unterliegt der Beschlussfassung des Kabinetts. Ich habe heute morgen darüber dem Kabinett Vortrag gehalten und werde dies nachmittags fortsetzen. Ich habe nicht die Absicht, schon heute auf den Inhalt einzugehen, will vielmehr nur soviel sagen, daß der Beschluss besteht aus einer Note und 2 Anlagen. Die Note nimmt Bezug auf die Anlagen und charakterisiert sie als Beschlüsse, die gefaßt sind in der Entwaffnungsfrage, andererseits in der Reparationsfrage. Der Reparationsfrage ist eine Reihe von Aufzeichnungen beigegeben. Während die Entscheidung in der Entwaffnungsfrage als endgültig bezeichnet wird, sind die Entscheidungen in der Reparationsfrage derart, daß es zunächst Vorschläge sind, von denen allerdings mit Nachdruck gesagt wird, daß sie einstimmig angenommen sind. Gleichzeitig wird die deutsche Regierung eingeladen, qualifizierte Vertreter Ende Februar nach London zu senden. Ich bin nicht in der Lage, bevor die Beratungen des Kabinetts abgeschlossen sind, mehr auf den Inhalt einzugehen und mit ihnen Fühlung zu nehmen. Es liegt mir aber außerordentlich daran, daß man den von der Regierung und mir persönlich eingenommenen Standpunkt möglichst bald erfahre. Ich würde es daher begrüßen, wenn das hohe Haus beschließen würde, morgen als ersten Punkt die Aussprache über die Beschlüsse der Pariser Konferenz auf die Tagesordnung zu setzen, sodas wir in der Lage sind, gleichzeitig hier das hohe Haus, sowohl von Regierung wegen, als von Reichstags wegen mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Ich möchte bitten, daß keine anderen Gegenstände vor diesem Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden und daß Zeit gelassen wird, diese wichtige Angelegenheit vorzubereiten, um das weitere zu sagen, was irgendwie an Vorschlägen gemacht werden soll.

Das Haus hört diese Mitteilung des Ministers unter lautlosem Schweigen an.

Präsident Löbe: Unter dem Eindruck dieser soeben gehörten Mitteilung möchte ich Ihnen vorschlagen, in die Beratung der heutigen Tagesordnung nicht einzutreten, sondern die Sitzung jetzt abzubrechen. Für den Fall Ihrer Zustimmung möchte ich Ihnen weiter vorschlagen, eine Sitzung auf morgen nachmittags 4 Uhr einzubereiten, eine Sitzung auf morgen nachmittags 4 Uhr einzubereiten mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Falls ich keinen Widerspruch aus dem Hause höre, darf ich annehmen, daß Sie sich meinem Vorschlage anschließen.

Die Sitzung ist damit geschlossen. Schluß 1.40 Uhr.

Eine Sitzung der Reichsregierung.

Berlin, 31. Jan. Amlich. Das Reichskabinett trat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten um 12 Uhr mittags zu einer Sitzung zusammen. Der Minister des Auswärtigen erstattete Bericht über die Note des Obersten Rats vom 29. Januar. Für heute Nachmittag ist zur Beratung der Note eine zweite Kabinettsitzung anberaumt worden.

Einmütige Ablehnung durch die deutsche Presse.

Berlin, 1. Febr. Sämtliche bürgerliche und sozialistische Blätter erklären einmütig den in Paris aufgestellten Reparationsplan als unannehmbar für Deutschland.

Reichsminister a. D. Gothein erachtet im „Berliner Tageblatt“, daß die deutschen Ausfuhrzölle jährlich bestenfalls 0,6 Milliarden Goldmark erbringen können. Den künftigen Ertrag der deutschen Einfuhrzölle schätzt er allerhöchstens auf 400 bis 450 Millionen Goldmark. Mit den Ausfuhrzöllen zusammen würden sie einen Bruttoertrag von rund einer Milliarde Goldmark ergeben, also die Hälfte dessen, was die Entente schon im ersten Jahr verlange. Davon gingen aber noch die Kosten für die Grenzbeobachtung und für den ganzen Zolldienst ab, die Gothein auf mindestens 15 Prozent des Ertrags veranschlagt.

Die „Vossische Zeitung“ bezeichnet als schärfste Bestimmungen diejenigen über die Pfänder und Kontrollen. Sie stellen die vollkommene wirtschaftliche Entmündigung des deutschen Volkes dar. Sie bedeuteten eine Vernichtung der Wiedererbaumöglichkeit eines besetzten Volkes, wie sie in der Weltgeschichte beispiellos dastünde.

Im „Vorwärts“ heißt es: Eine Regierung, die die Pariser Vorschläge annimmt, würde sich in Widerspruch stellen zur Meinung ganz Deutschlands. In ganz Deutschland gibt es keinen Menschen, der diese Vorschläge für ausführbar hält. Das Blatt weist dann darauf hin, daß die 12 Prozent Ausfuhrabgabe die Neutralen dazu zwingt, die Einfuhr aus Deutschland zu Gunsten der Entente um 12 Prozent teurer zu bezahlen. Auch die Bedingung, daß Deutschland weder mittelbar noch unmittelbar irgend eine Kreditoperation außerhalb seines Gebiets ohne Zustimmung der Reparationskommission unternehmen darf, trifft nicht nur Deutschland, sondern auch das Ausland. Diese Bestimmung ist ein Verbot an die Berechtigten Staaten und die anderen Länder, Deutschland etwas zu borgen, es ist ein Verbot an diese Länder, statt Deutschland der Entente zu borgen.

Die „Freiheit“ kommt nach einer Prüfung der in Paris aufgestellten Zahlen vom ökonomischen Standpunkt aus zu der Antwort, daß die Erfüllung dieser Zahlungen unüberführbar ist.

Schweizer Stimmen.

Bern, 31. Jan. (Von unserem Privatberichterstatter.) Der „Bund“ schreibt zu den Pariser Beschlüssen: So wie die Bedingungen über Deutschland jetzt lauten, erscheint es ungeheuerlich. In ihrer Wirkung auf den Weltfrieden müssen die Ergebnisse von Paris als problematisch unzweifelhaft bezeichnet werden. Die Gesundung Deutschlands, an der die Alliierten das größte Interesse haben, wäre auf über ein Menschenalter hinaus lahmgelegt. Außerdem würde Deutschland auf lange Zeit das Zentrum der Unruhe und des Umsturzes bleiben.

Bern, 31. Jan. In einem Ueberblick über die Ergebnisse der Pariser Konferenz sagt die „Neue Züricher Zeitung“, daß es sich selbst erweisen müsse, ob die Resultate, die übrigens noch nicht endgültig seien, auch praktisch durchführbar sind. Die Regelung der Kohlenfrage bedeute eine neue Belastung des deutschen Wirtschaftslebens. In der Entwaffnungsfrage habe eine verschärfte Auslegung des Friedensvertrags stattgefunden. Die Exportsteuer werde eine sehr fühlbare Verteuerung des gesamten deutschen Exportwesens. Der Pariser Berichterstatter des Blattes befürchtet eine Einsprache neutraler Staaten gegen die Exportsteuer. Für die Schweiz und für Holland würde von der Exportsteuer ein Schutz gegen die Ueberflutung mit deutschen Waren zu erwarten sein.

Der Widerhall in Frankreich.

Paris, 31. Jan. Der „Petit Parisien“ schreibt: Die deutsche Presse aller Richtungen tobt gegen das Abkommen von Paris. Sie bleibt in ihrer Rolle. Eines der größten Blätter von Berlin hat die Alliierten aufgefordert, sie sollen sich das, was sie haben wollen, selbst holen. Gerade das hätten die Alliierten in Paris beschließen, nämlich sich selbst bezahlt zu machen, falls der schlechte Wille eines Schuldners sich zeige. Die Alliierten würden damit beginnen, die Zölle zu beschlagnahmen, falls Deutschland sich weigere, seine Zölle kontrollieren zu lassen. Dann würde der Gerichtsvollzieher kommen. Das seien die alliierten Armeen, die die rheinischen Brückenköpfe besetzt hätten. Diese Gerichtsvollzieher würden alsdann das Ruhrgebiet beschlagnahmen und schließlich an der Grenze des Rheingebiets Zölle erheben und Steuern verlangen und einlagern. Die letztere Maßnahme sei im Abkommen von Paris

elnes kräftigen
I Sahn
ne, geb. Schütz
Iksbühne
ischen Hof".
Uhr
Lauris"
von Goethe.
Abends 7,8 Uhr
Abends 7,8 Uhr
Vortrag
den 1. Februar
haus, Postgasse
Mittelalter".
herzlich eingeladen
Freudenstadt.
Calw.
hündelsicher.
rats wurde der
auf Sparbuch
auf 30 000 Mk.
auf 60 000 Mk.
Verkehr.
Lombard-
erverkauf.
von Wertpapieren.
Althengstett.
a Wurf schöne, an das
en geröhnte
Milch-
schweine
auf
Schwarz, Bauer.
Deckenfronn.
ge ein starkes
Nacht-Rind
Verkauf aus.
Albert Luz.
Münktungen.
men zur Zucht geeigneten
arren
8 Monate all,
ein Mutter-
Schaf
mit Jungen
dem Verkauf aus.
Georg Lechler.
men neuen
Rekgerwagen
einen neuen
Reiterwagen
Ehr. Stricker.

Calw, den 1. Febr. 1921.
Statt besonderer Anzeige.

Fremden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Gattin, unsere treubeforgte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante



Marie Baur
 geb. König

nach kurzer, schwerer Krankheit, im Alter von 45 Jahren, sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Willy Baur, Jungführer.

Beerdigung: Mittwoch Nachm. 2 Uhr, vom Trauerhaus aus, Telnachstr. Nr. 6.

Igersloh, den 31. Januar 1921.
Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

Michael Burkhardt

erfahren durften, für die zahlreiche Begleitung von Nah und Fern zu seiner letzten Ruhestätte, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Häßner, für den ehrenden Nachruf des Herrn Holzäpfel, des Gemeindepflegers Koppier, dem Herrn Hauptlehrer Sogeler mit seinem Chor für den erhebenden Gesang, den Herren Ehrenträgern, dem Veteranenverein Altburg, für die Kranzspenden, sowie allen, die ihm während seiner Krankheit Liebe erwiesen haben sei herzlich Dank gesagt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Habe mich als
Pacharzt f. Haut- u. Hautkrankheiten

in
Pforzheim, Bahnhofstr. 26 (Hotel Oehlert),
 niedergelassen — Sprechstunden: 10—1 u. 3—5 Uhr.

Dr. med. Georg Hänslar
 früher Straßburg i. Els.
 Telefon 2170.

Fahrnis-Versteigerung.

Unterzeichnete verkauft am (Eichmehlfesttag) Mittwoch, den 2. Februar, vormittags 9 Uhr im Hause des Geschirrhändlers Knoll in der Vorstadt, gegen Barzahlung:

verschied. Küchengeräte, Toppfen und Westen, Knaben- und Frauenhüte, Schreinwerk: 2 Kästen, 1 Küchenbüfett, 1 Kommode, 1 Tisch, Bettstücke, Spiegel und Bilder, Lampen, 1 Gasherd, 1 vollständiges Bett sowie sonstiges. Ferner: 1 blauer Tuchanzug, 1 schwarzer Frack mit Weste, beides wenig getragen. Liebhaber sind eingeladen.
 Stadtinventarier Kolb.

Delmehl,
 (Wein- und Kokos),
 Mais,
 Maismehl,
 Maisjuttermehl,
 Geflügel- und
 Schweinefutter
 empfiehlt
Otto Jung.

Hüte, Mützen
 Konfirmanden-Hüte
 gute Qualitäten, kleidsame Formen
 billigste Preise.
 Neuanfertigung - Reparaturen
K. Schrempf, Pforzheim,
 Westl. 22 Fernruf 877 Westl. 22

Preisabbau!

FLAMMER-SEIFE
 ist billiger geworden

und ist heute dank ihrer verblüffenden Wäsch-Kraft und ihres billigen Preises die **beste u. billigste Seife** für Wäsche und Haus!

Preis MK. 4,- das Stück

Sind **Lungenleiden** Tuberkulose heilbar? Verlangen Sie San.-Rat Dr. Weise's ausführliche Druckschrift hierüber. Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Strasse 104 c.

Wandkalender
 mit Verzeichnis der Märkte des Bezirks und der Nachbarbezirke
 sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 60 Pfg. erhältlich.

Von Donnerstag früh ab steht ein großer frischer Transport erstklassiger junger **Arbeits-Pferde**



im Gasthaus zur „Eisenbahn“ in Weilderstadt zum Verkauf, wozu Liebhaber einladet **Löwengart & Gideon.**

Ausgefügtes, trockenes **Brennholz**
 in Fuhren zu Mark 80.— kann sofort geliefert werden.
L. Kärcher, Sägewerk, Hirzau.

Wer sucht wird in bürgerlichen Haushalten ein braves, fleißiges **Mädchen** für Küche und Hausarbeit bei guter Verpflegung auf 1. Februar oder 1. März. Frau Emil Kusterer, Pforzheim Eberleinstr. 12



Ehe Sie einen **Rauchkasten** kaufen
 verlangen Sie Prospekt von **Gebr. Dongus, Deckenpfronn.**

Wasserglas
 empfiehlt billigst **K. Hauber.**

Suche ordentliche **Frau oder Mädchen** zur Führung eines Haushaltes und zur Mithilfe in der Landwirtschaft.
Matthäus Müller, früherer Schutzhelfer, Alzenberg.

Laufmädchen
 für tägliche Hausarbeit gesucht.
Bischofstraße 453 II l.

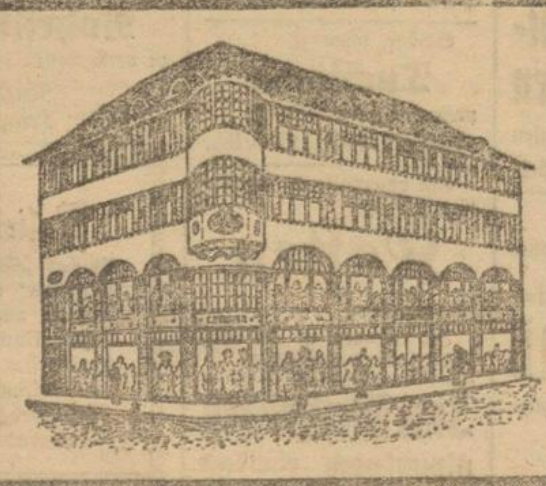
Schwäbische Volksbühne
 Gasthof zum „Badischen Hof“
 Heute abend 7/8 Uhr
„Jugendfreunde“
 Lustspiel in 4 Aufzügen von Ludwig Fulda.
 Mittwoch, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr
„Kothäppchen“.
 Mittwoch, den 2. Februar, abends 7/8 Uhr
„Don Carlos“.

Zeichnungen
 auf die mündelsicheren **4 1/2 % Obligationen der Bayer. Grosswasserkraftwerke** zu 98 %
 nimmt bis 4. Februar entgegen
Spar- und Vorschussbank Calw
 Wir bieten ferner zum Verkauf an:
Hypothekbankpfandbriefe, 4 1/2 % Industrie-Obligationen
 und halten uns für den An- und Verkauf sämtlicher Wertpapiere zu kulantem Bedingungen, bei fachmänn. Beratung, bestens empfohlen.

Ia. Kernleder- Treibriemen
 lothgar u. chromgegerbte Kern- blankleder- (Mittlerleder), Hanf-, Balata- und Kamelhaar- sowie als Spezialität: **Dreschmaschinen- und Maschinen-Riemen** (gewöhnl. Handelsmarke) neu, oder aus Altem Leder hergestellt, auch gebraucht, nur tadellose Stücke liefert noch von großen Lagerbeständen zu Fabrik-Engros-Preisen
Mag Frig, Stuttgart,
 Lager und Büro nur Alzenbergstraße 22.
 Treibriemengroßhandlung und Fabrikation.
 Telefon 9170. — Telegramm-Adresse: Lederriemen.
 Preisliste auf Wunsch.
 Lagerbesuch zu empfehlen.

Kunstfärberei Stuttgart
 färbt und reinigt alles schön und gut.
 Annahmestelle: **W. Eutenmann, Lederstr. 91.**

Versteigerung.
 Verkauft wird am Mittwoch, den 2. Februar:
 1 eich. Waschkommode, mit Klappdeckel,
 2 eichene Bettladen Kost und Matratze,
 Kleider und Stiefel, Bilder u. Fensterglas, Stühle, Kleiderkasten, Tischle,
 Nähmaschine mit Fußbetrieb, Amerikanerstühle, Blumentisch, Galerien und Vorhangstangen, Schmetterlingskästen und sonstiger Hausrat.
Fran R. Dipp Witwe, Obere Marktstraße 23 III.



Damen- und Mädchen-Bekleidung.
 Mantel, Kostüme, Taillenkleider,
 Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.
C. Berner, Pforzheim, u. Blumenstr.
 Ecke Metzger-



Das deutliche Zeichen des Reiches
 Der deutsche Reichstag

Eine deutliche Erklärung
 Berlin, 1. Febr. (Rei) fällt. Auch vor dem Reichstag.
 Auf der Tagesordnung: Erklärung.
 Am Ministerisch: sämtliche von Regierungsbekanntem, für Diplomatenloge ist ebenfalls, die Vertreter der Tagesordnung, desgleichen der erste Reichspräsident Lübbe eröffnete, stellt das Wort dem Reichstag. Seitdem hat eine politische Kästen eingerichtet, wie die Seydow'sche Plan erörtert, schildert den Verlauf der Verhandlung. Anknüpfend an die von der Beratung in Wort worden. Diese Beratung unklar, kam nicht zustande unklar, mer nicht, sodas er (Rebner) Es seien die Prüffler Verhört, aber auch ohne endgültiges Urteil wurde das Bild anders. Jurid. Die Vorwürfe, daß solche gemacht, sie sind aber haben wir Vorschläge gemacht sein könnten, aber doch u. a. Sie sind unter den Tisch gemacht, solange Oberschleusen halte er für unmöglich. Dazu liegen Verhältnisse und die über dem Seydow'schen Plan nur erklärt, daß wir keine Freiheit gegeben werde, in Brückentwurf der Note deckt sich in der Entlassungsnote und Luftschiffkaufsein angelegungen. Gefragt werden wir uns dazu äußern werden Durchführung der Beratungen Ländern gegeben, ich habe aber einige vermist, was wir in haben, vielmehr klingt jetzt Reichsminister Simonson Inhalt der Reparationsnotizung dessen, was wir schon ab wir bei Ausgabe der Bonnschaftscheine zurückhalten. Nachteilen und Widerprüfungen angelegt werden. Desgleichen 20 Jahre zur Tilgung vorgeschlagen. Es müßte doch festgestellt werden, eigentlich ist. Was Frankreich schuldert worden, ohne daß wäre. Die Schätzungen des Herrn Poincare zu niedrig e. Aber deutsche Sachverständige fallen. Die Summe, die jetzt weniger willkürlich zu sein. Ob ein Eingriff in unsere Zollkontrolle war nie zuvor darüber, daß der Weg, der vor undenkbar ist und auf eine daran ändern die uns in 6 Prozent nichts. Die Entlassung eine Anleihe auf einmal die Bestimmungen der